

Im Überblick ...

Jürgen Clemens

Neuwahlen:

Parteien zugelassen

Gegenüber Zulassungsanträgen von mehr als 70 Parteien hat die pakistanische Wahlkommission letztlich 38 Parteien zu den National- und Provinzparlamentwahlen am 10. Oktober zugelassen. Ablehnungen werden damit begründet, daß die Parteien entweder nur Ableger schon bestehender Parteien oder Wahlbündnisse seien, oder aber die strengen Anforderungen

nicht erfüllten. Wie schon bei vorigen Wahlen wurden den Parteien bildhafte Symbole zugewiesen, um auch leseunkundigen Wählern die eindeutige Identifizierung der Parteien zu ermöglichen (vgl. Tabelle 1).

Parteienallianz zerbricht

Mehrere Parteien der vormaligen *Grand Democratic Alliance* werden nun einzeln zu den Wahlen antreten und haben von der Wahlkommission entsprechend eigene Symbole zugewiesen bekommen: *Pakistan Muslim League (J)*, *Markazi Jamiat Ahl-i-Hadith*, *Mohajir Ittehad Tebrik*, *Pakistan Humwattan Party*, *Tebrik Wafaq Pakistan* und *Pakistan Jumhoori Aman Party*. Andere Parteien des Bündnisses wurden aus formalen Gründen nicht zur Wahl zugelassen, wogegen diese Einspruch einlegten.

Kandidaturen:

Auflagen und Auswahl mit prominenten Opfern

Im Vorfeld der Wahlvorbereitungen erließ die derzeitige Regierung Auflagen für die Zulassung von Kandidaturen zu den bevorstehenden Wahlen. So wurde die Anzahl der zulässigen Amtszeiten von Premierministern auf maximal zwei Perioden beschränkt; ein Akt, der nach An-

sicht von Beobachtern sowohl Nawaz Sharif als auch Benazir Bhutto von der Regierungsführung ausschließen soll. Für die Zulassung müssen die Kandidaten einen Hochschulabschluß nachweisen und dürfen nicht vorbestraft sein. Entsprechend dieser Regelung wurde Benazir Bhutto, wegen Korruption verurteilt, nicht zur Kandidatur zugelassen. Auf die Entscheidung gegen Benazir Bhutto reagierte ihre *Pakistan People's Party* mit wiederholten Protesten. Benazir Bhutto gab daraufhin auch ihre Pläne zur Rückkehr nach Pakistan auf. Demgegenüber wurde überraschend der Antrag von Nawaz Sharif akzeptiert, der jedoch nach Presseberichten aus Solidarität mit seiner Gegenkandidatin seine Kandidatur zurückzog. Auch Imran Khan, der populäre ehemalige Cricket-Star und Vorsitzender der *Pakistan Tebrik-e-Insaf* wurde nicht als Kandidat zugelassen, da er sein *Bachelor*-Zeugnis nicht im Original vorlegen konnte. Insgesamt erhielt die Wahlkommission für die 342 Sitze in der Nationalversammlung 3.546 Kandidaturanträge sowie für die insgesamt 728 Sitze in den Provinzparlamenten 8.389 Anträge (siehe Tabelle). Die verfügbaren Angaben über abgewiesene Kandidaturanträge zeigen für beide Wahlvorgänge nahezu gleiche Ablehnungsquoten (8,4 bzw. 8,8 Prozent), die höchsten Werte erreicht in beiden

Tabelle 2: Auswahl der Kandidaturanträge durch die pakistanische Wahlkommission

Region	Nationalversammlung			Provinzparlamente		
	Anträge	Ablehnungen		Anträge	Ablehnungen	
		Anz.	Anz.		-quote % (1)	Anz.
	1	2	3	4	5	6
Islamabad	51	4	7,8	--	--	--
Punjab	1.706	133	7,8	4.109	337	8,2
Sindh	916	68	7,4	2.280	224	9,8
NWFP	425	23	5,4	1.125	83	7,4
FATA	233	47	20,2	--	--	--
Beluchistan	215	23	10,7	875	96	11,0
Total	3.546	298	8,4	8.389	740	8,8

NWFP: North West Frontier Province

FATA: Federally Administrated Tribal Areas (Stammesgebiete)

Quelle: (www.dawn.com)

vom 5.9.2002

Wahlvorgängen Beluchistan (10,7 bzw. 11,0 Prozent) sowie die Stammesgebiete (FATA) für die Nationalversammlung mit rund einem Fünftel aller Anträge. Die endgültige Liste wird am 15. September veröffentlicht, nachdem zuvor noch Anfechtungen der Kommissionsentscheidungen möglich sein werden.

Minderheiten gründen Kandidatenforum

Die *All Pakistan Minorities Alliance* (APMA) hat ein Auswahlkomitee zur Aufstellung einer Wahlliste mit geeigneten Kandidaten gegründet. APMA-Geschäftsführer Shahbaz Bhatti führte gegenüber Journalisten aus, daß innerhalb der politischen Parteien Kandidaten für die zehn reservierten Sitze für Minderheiten in der Nationalversammlung sowie für weitere 23 in den Provinzparlamenten gesucht würden. Auch für Senatswahlen strebt die Organisation dieselbe Verfahrensweise an. Für die bevorstehenden Wahlen versucht die APMA, eine möglichst breite Mobilisierung der religiösen Minderheiten zu erreichen, da diese durchaus in der Lage seien, in acht oder zehn Wahlkreisen den Ausschlag für bestimmte Parteien zu geben.

Wahlkampf streng reglementiert

Laut einem Regierungserlaß ist der öffentliche Wahlkampf erst nach der offiziellen Bekanntgabe der Kandidatenliste am 13. September erlaubt. Somit bleibt weniger als ein Monat für Wahlkampfveranstaltungen. Ausdrücklich untersagt bleiben dabei große Demonstrationen, die in der Vergangenheit den Wahlkampf der großen Parteien bestimmt hatten. Grund für diese Restriktionen sei die angespannte Sicherheitslage dieser ersten Wahl nach dem 11. September 2001, hieß es. Auch Protestmärsche an Straßen oder Bahnhöfen sind demnach nicht zugelassen. Plätze für öffentliche Wahlveranstaltungen bedürfen der vorherigen Genehmigung der Distrikt- und Provinzverwaltungen. Die Wahlkommission hat im August zu diesem Zweck einen detaillierten und 22 Punkte umfassenden Erlaß (*Code of Conduct for General Elections, 2002*) veröffentlicht.

Drei Bundesminister zurückgetreten

Aufgrund der neuen Wahlgesetzgebung traten drei Bundesminister zurück, welche bei den bevorstehenden Bundesparslamentswahlen antreten wollen. Die Regierung werde die Rücktritte der Minister Abbas Sarfaraz (Kashmir-Angelegenheiten und *Northern Areas*), Zubaida Jalal (Bildung) sowie Attiya Inayatullah (Frauenentwicklung und Volkswohlfahrt) nach Presseberichten akzeptieren. Ähnliche Rücktritte von Amtsträgern gab es auch auf unteren Ebenen, da Kandidaten laut Reglement keine politischen Ämter bekleiden dürfen.

Wahlen zum Senat

Entgegen zwischenzeitlichen Plänen, die Senatswahlen gemeinsam mit den Wahlen zur Nationalversammlung und den Provinzparlamenten als Direktwahl abzuhalten, wurde für den Senat der 12. November als Wahltermin festgelegt. Zudem wird das bisher geltende indirekte Wahlsystem wieder in Kraft gesetzt, wonach der Senat von den zuvor gewählten Parlamenten bestimmt wird. Dieser Termin widerspricht der Entscheidung des Obersten Gerichts vom Mai 2000, wonach die Militärregierung aufgefordert worden war, alle Wahlen vor dem 11. Oktober 2002 abzuhalten. Doch werten Politische Beobachter diese geringfügige Verspätung als unproblematisch, solange die gesamte politische Agenda der Demokratisierung stimme.

Verfassungsergänzungen und Sicherheitsrat

Nach heftiger und kontroverser öffentlicher Debatte erließ Präsident Musharraf am 21. August ein Paket von Verfassungsänderungen. Die wichtigsten Punkte sind das Recht des Präsidenten, unter Artikel 58 (2-B) die Regierung aufzulösen sowie die Einsetzung eines Nationalen Sicherheitsrates (NCS) unter Artikel 152A. Der als *Legal Framework 2002* (LFO) bezeichnete Erlaß trat mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Außerdem genehmigte sich der Präsident für alle politischen und wirtschaftlichen Reformen seiner Regierung einen Bestandsschutz, die nach Ansicht Mushar-

rafs keiner Sanktion durch ein gewähltes Parlament bedürfen; ein heftig umstrittener Punkt im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen.

Nach dem neuen Recht wird der Präsident auch ermächtigt, sowohl den Oberbefehlshaber der Armee als auch die Kommandeure der drei Teilstreitkräfte zu ernennen, allesamt geborene Mitglieder des neuen Nationalen Sicherheitsrates.

Das LFO sieht zudem 342 statt bislang 217 Sitzen in der Nationalversammlung sowie 100 statt 87 im Senat vor. Zusätzlich wurde ein Vermittlungskomitee für Streitfälle zwischen Senat und Nationalversammlung eingerichtet; dieses Gremium wird aus jeweils acht Mitgliedern beider Häuser bestehen. Für beide Kammern des Bundesparlamentes sowie für die Provinzparlamente wird die Wahlperiode zudem von vormalig fünf beziehungsweise sechs Jahre auf nun vier Jahre reduziert.

Laut Musharraf ist die nun erlassene Liste der Verfassungsänderungen im Vergleich zu einer früheren Version das Ergebnis des öffentlichen Diskurses; spätere Änderungen werde er aber nicht erlauben, beschied Musharraf im Rahmen einer Pressekonferenz entsprechende Nachfragen.

Der neu eingesetzte Nationale Sicherheitsrat soll laut Musharraf als ein notwendiges Korrektiv im Demokratisierungsprozeß fungieren. Die derzeitige Opposition und ausländische Beobachter befürchten allerdings, daß von dieser Einrichtung für die Angelegenheiten der zivilen Regierung vielmehr die Gefahr einer dauerhaften Einmischung insbesondere des Militärs ausgehen werde.

Zusammensetzung des National Security Council

Präsident (NSC-Vorsitzender)	1
Premierminister	1
Oppositionsführer	1
Vorsitzender des Senats	1
Sprecher der Nationalversammlung	1
Ministerpräsidenten der vier Provinzen	4
Kommandeure der drei Teilstreitkräfte	3
Oberbefehlshaber der Armee	1
Summe	13

Kreditvereinbarung mit Weltbank

Im Rahmen der Globalen Umweltfazilitäten unterzeichneten Weltbank und pakistanische Regierung ein Abkommen, mit dem 10,08 Millionen US-Dollar - ohne Eigenbeteiligung Pakistans - für das Management von Naturschutzgebieten bereitgestellt werden. Nach offizieller Lesart ist dieses Abkommen ein Beleg dafür, daß Pakistan sich erfolgreich für den Schutz der Biodiversität und den nachhaltigen Schutz von natürlichen Lebensräumen nationaler und globaler Bedeutung einsetze. Mit diesen Geldern sollen Maßnahmen des Projektmanagements und der Umweltbeobachtung in den Nationalparks *Chitral Gol* (NWFP), *Hingol* in Beluchistan und *Machiara* in *Azad Jammu and Kashmir* gefördert.

Nationalpark im Karakorum vor dem Aus?

Die seit den 1980er Jahren verfolgte Idee eines grenzüberschreitenden Naturparks im Karakorum - als Vereinigung des *Khunjerab Wildlife National Park* in den pakistanischen *Northern Areas* mit der *Tashqurgan National Reserve* im chinesischen Sinkiang - wird von chinesischer Seite nicht weiterverfolgt. Als Gründe vermuten Vertreter pakistanischer Stellen die muslimischen Separationsbestrebungen im Westen Chinas. Die ursprünglichen Pläne basieren auf der sogenannten „Bonn Konvention“ und sollen neben dem Schutz der Wildtiere auch die Bejagung und den Tierhandel bilateral reglementieren beziehungsweise kontrollieren. Allerdings sind diese Aspekte bislang zumindest auf pakistanischer Seite noch nicht erreicht. Auf beiden Seiten der Grenze wird immer wieder die illegale Jagd auf geschützte Tiere wie Schneeleoparden, *Markhor*, Steinböcke oder Marco Polo-Schafe beklagt.

Selbstverwaltung für die Northern Areas gefordert

Anlässlich der 16. Versammlung der *Baltistan Students Federation* (BSF) forderten Politiker der *Northern Areas* ähnliche Selbstverwaltungsrechte wie in *Azad Jammu and Kashmir*, ein dem pakistanischen Bundes-

staat assoziiertes Territorium mit eigener Verfassung. Kritisiert wird, neben dem weiterhin fehlenden Wahlrecht zur Nationalversammlung, daß der Rat der *Northern Areas* trotz entsprechender Zusagen bislang noch nicht in ein wirkliches Parlament umgewandelt wurde. So wird der *Chief Executive* der *Northern Areas* weiterhin von der Bundesregierung in Islamabad und nicht aus dem Kreis der gewählten Vertreter aus den *Northern Areas* gewählt.

Die Forderungen nach politischen Grundrechten und Unabhängigkeit wurden von weiteren Organisationen wie der *Gilgit-Baltistan National Alliance* oder der *Balawaristan National Front* (BNF) an den Präsidenten Musharraf adressiert. Bei diesen Forderungen werden historische Zusammenhänge aufgezeigt und der derzeitige Status als Betrug an der Bevölkerung der *Northern Areas* bewertet: „Unsere Vorfäter haben die Region 1948 vom Joch der Dogra-Herrscher befreit und den Anschluß an Pakistan erklärt. Doch die nachfolgenden pakistanischen Regierungen haben nichts als Bürokratie gebracht“, so Nawaz Khan Naji, der BNF-Geschäftsführer.

Die politischen Forderungen werden in den *Northern Areas* mit der Verweigerung der Besteuerung verbunden. Erst kürzlich wurden Geschäftsleute in den *Northern Areas* gerichtlich dazu verpflichtet, Steuern an die Bundesregierung zu zahlen, nachdem diese sich rechtlich dagegen zur Wehr gesetzt hatten. Gegen diese zentrale Besteuerung wurde wiederholt zu Streiks und Protesten aufgerufen, die in Teilen der *Northern Areas* das öffentliche Leben lahmlegten.

Darüber hinaus wurden Mißstände im Bildungssystem, die mangelhafte Bezahlung von Lehrern, die fehlende Ausstattung für die Karakorum Universität sowie die Rekrutierungspraxis der *Northern Light Infantry* und deren Einsatz im pakistanischen Tiefland kritisiert.

Protest gegen zusätzliche Grenzkontrollen

Nach wiederholten Protesten insbesondere regionaler Interessensvertretungen der Händler und Importeure wurden die erst kurz zuvor in der *Khunjerab*-Region eingesetzten *Qasim-Ranger* wieder abgezogen. Deren Einsatz gegen Schmuggler führt

aufgrund der zusätzlichen und als schikanös eingeschätzten Personen- und Warenkontrollen zu nennenswerten Behinderungen des Grenzhandels. Nach Presseberichten wurden Händler wiederholt aufgefordert, die an der chinesischen Zollstation versiegelten Ladungen bei Kontrollen der *Ranger* zu öffnen. Aufgrund dieser Behinderungen seien auch die Besuche chinesischer Händler in diesem Sommer nahezu ausgeblieben. Die *Qasim-Ranger* lösten die zuvor an der Grenze zu China eingesetzte paramilitärische Einheit der *Frontier Constabulary* ab und wurde laut Presseberichten auf Drängen den Industrie- und Handelskammern im pakistanischen Tiefland eingesetzt, um den Grenzschmuggel, vor allem mit Seide, zu unterbinden.



Kunjerab-Paß: Händlerproteste auf dem Dach der Welt (Foto: Jürgen Clemens)

Paßrestriktionen für Bewohner der Northern Areas

Das Innenministerium in Islamabad hat rund eintausend Bewohner der *Northern Areas* auf eine Liste gesetzt, denen kein so genannter *Border Pass* mehr ausgestellt werden darf. Dieses Dokument erlaubt den Grenzübertritt ins chinesische Sinkiang, ohne zuvor bei der chinesischen Botschaft in Islamabad ein Visum beantragen zu müssen. Nach Presseberichten wird der *Border Pass* insbesondere Regionalpolitikern wie etwa Aktivisten der *Balawaristan National Front* oder der *Karakorum National Movement* verweigert, aber auch mehreren Journalisten, über die negative Geheimdienstinformationen vorlägen.

Pressepreis boykottiert

Gegen die Verleihung eines Pressepreises unter anderem an namhafte Bürokraten der *Northern Areas* haben zahlreiche erfahrene Journalisten der Region protestiert. Für sie ist es unverständlich, daß gerade das Magazin K-2, welches noch bis vor kurzem von staatlichen Behörden mit einem einjährigen Publikationsverbot belegt war (SÜDASIEN berichtete), diese Kräfte hofiere. Sie sehen die Arbeit derjenigen Journalisten entwertet, die sich zuvor für die unabhängige Berichterstattung eingesetzt hatten, wenn nun Beamte für ihre „Beiträge“ zur Weiterentwicklung des Journalismus geehrt würden.

Highway-Netz nach Zentralasien geplant

Nach Presseberichten wurde kürzlich mit Bauarbeiten für einen *Highway* von der Hafenstadt Gwadar im äußersten Westen Beluchistans nach Naukundi nahe der pakistanisch-iranischen Grenze begonnen. Zusammen mit dem Bau des rund 650 Kilometer langen *Highways* von Karachi nach Gwadar wird diese 525 Kilometer lange Straße die pakistanischen Häfen mit dem Iran und den zentralasiatischen Republiken verbinden.

Außenhandelsbeziehungen

Nach jüngsten Regierungsdaten entwickeln sich die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) mit hohen Wachstumsraten zum mittlerweile zweitgrößten Absatzmarkt für pakistanische Exportprodukte. Die Ausfuhren in die Emirate im Warenwert von 720 Millionen US-Dollar übertreffen damit die Exporte nach Großbritannien (659 Millionen US-Dollar), Deutschland (452 Millionen US-Dollar), die Niederlande (257 Millionen US-Dollar) und Frankreich (247 Millionen US-Dollar). Einzig die USA liegen mit einem Warenwertvolumen in Höhe von 2,2 Milliarden US-Dollar auf der Rangliste der wichtigsten Abnehmer pakistanischer Produkte noch vor den VAE - allerdings während der beiden letzten Jahre auf stagnierendem Niveau. Insgesamt exportierte Pakistan im abgelaufenen Jahr Güter und Waren im Gegenwert von 9,1 Milliarden US-Dollar.

Die wichtigsten Exportgüter sind weiterhin Baumwollstoffe, Garne und Textilien sowie mit deutlichem Abstand Reis, Lederwaren, Schuhe, Sportausrüstung, Teppiche, Wolle oder medizinische Instrumente.

Freihandelsabkommen mit Sri Lanka in Sicht

Am 1. August unterzeichneten Regierungsvertreter Pakistans und Sri Lankas Absichtserklärungen zum Abschluß eines Freihandelsabkommen. Weitere Details und Prioritätenlisten für zollfreie Produkte werden in weiteren Verhandlungen geklärt. Von Seiten Sri Lankas wurden 600 und von Seiten Pakistans 400 Produkte genannt, welche von Zöllen befreit werden sollen. Das *Export Promotion Bureau* in Pakistan erwartet, daß die bisherigen Exporte nach Sri Lanka in Höhe von 70 bis 75 Millionen US-Dollar pro Jahr um weitere rund 50 Millionen US-Dollar gesteigert werden können.

Pakistanisch-afghanischer Handel

Nach rund zehn Jahren Stillstand werden die Regierungen Pakistans und Afghanistans eine bilaterale Handelskommission der jeweils zuständigen Ministerien einrichten. Deren Aufgaben werden unter anderem Zollfragen, Infrastruktur-entwicklung und Fragen der technischen Abwicklung sowie Unterstützung für Afghanistan sein. Im Verlauf des jüngsten Ministertreffens bot Pakistan Unterstützung beim Bau der Straße von Kabul über Jalalabad nach Torkhum sowie die Lieferung von Weizen, Mehl, Reis, Zucker und Düngemittel an. Zusätzlich werden die Bedingungen für ein pakistanisch-afghanisches Freihandelsabkommen ausgelotet.

Stauseen Tarbela und Mangla wieder aufgefüllt

Nach Angaben der *Water and Power Development Authority* (WAPDA) erreichen in diesem Jahr zu Beginn des Herbstes die Wasserstände der beiden Stauseen Tarbela und Mangla am Fuß des Himalaya Dank überdurchschnittlich hoher Abflussmengen der Gebirgsflüsse zum ersten Mal seit vier Jahren wieder ihre Sollwerte. Somit sind

die vertraglich festgelegten Wasserlieferungen der *Indus River System Authority* (IRSA) an die pakistanischen Provinzen gesichert. IRSA sah sich in diesem Sommer zunächst im seit Jahren gewohnten Dilemma, zugleich den hohen Wasserbedarf der Tieflandprovinzen, vor allem für die Landwirtschaft, befriedigen zu müssen und die erforderlichen Wasserreserven für den Winter und das kommende Frühjahr zurückzuhalten. Erst ab Anfang August entspannte sich die Situation.

Kashmirisches Wasserkraftprojekt weiterhin umstritten

Pakistan erwägt eine internationale Schlichtung, sollte Indien nicht innerhalb von drei Monaten zu Zugeständnissen bei Planung und Bau des 450 Megawatt-Wasserkraftwerkes von Baglihar am Chenab bereit sein. Ein weiteres Wasserkraftprojekt im indischen *Jammu and Kashmir*, das *Kishanganga Hydroelectric Project*, ist ebenfalls umstritten. Pakistanischen Experten wurde kürzlich der Besuch der Baustelle von Baglihar untersagt. Pakistan betrachtet die beiden Bauvorhaben als Verstöße gegen den Induswasser-Vertrag, der die Nutzung und die Verteilung der Wasserressourcen des Indus und seiner Nebenflüsse zwischen den beiden Anrainern Indien und Pakistan regelt.

USA bieten Umschuldung an

Die Tilgung von Schulden in Höhe von insgesamt drei Milliarden US-Dollar können nun über einen längeren Zeitraum gestreckt werden: staatliche Gelder in Höhe von 2,3 Milliarden US-Dollar über 38 Jahre hinweg, nichtstaatliche Schulden über 23 Jahre hinweg. Mit dieser Maßnahme will die US-amerikanische Regierung die jüngste wirtschaftliche Erholung in Pakistan unterstützen. Nach Ansicht des pakistanischen Finanzministers hilft diese Maßnahme in Zusammenwirken mit ähnlichen Initiativen anderer Geber, die Schuldenlast von 52 Prozent auf rund 47 Prozent des Bruttosozialprodukts zu senken.

Asian Development Bank sagt 2,4 Milliarden US-Dollar zu

Für das sogenannte *Country Strategy and Programme for Pakistan* (CSP) werden von der *Asian Development Bank* (ADB) verteilt

auf drei Jahre insgesamt 2,4 Milliarden US-Dollar bereitgestellt. Aus diesem Programm sollen mit jährlich 800 Millionen US-Dollar insbesondere Maßnahmen zur Armutsbekämpfung (rund 60 Prozent der Gelder), zur Frauenförderung, für die Energie- und Wasserversorgung und zur Verbesserung der Regierungsführung sowie des Finanzsystems finanziert werden. Diese Förderung ist in das *Economic Sector Work Programme* der ADB eingebunden und soll relevante Forschung, Analysen und Dialoge zu Schlüsselproblemen wie öffentliche Ausgaben, regionale Kooperation sowie die Stärkung der ländlichen Lebens- und Einkommensbedingungen unterstützen. Zusätzlich zur bisherigen Praxis der Geldvergabe an die Nationalregierung sollen diese Maßnahmen auch direkt mit den Provinz- und Lokalverwaltungen umgesetzt werden. Für direkte technische Hilfe stehen weitere fünf bis sechs Millionen US-Dollar zur Verfügung.

Sorgen um Armutsbekämpfung

Sowohl die Weltbank als auch die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) zeigen sich über die zunehmende Armut in Pakistan besorgt. Nach einem neuen ADB-Bericht nahm die Armut in den 1970er und 1980er Jahren deutlich ab, um in den 1990ern wieder anzusteigen. Im Rahmen der Vorstellung des Berichts, der Daten bis 1999 berücksichtigt, wurde Kritik an bisherigen Armutskonzepten in Pakistan geäußert. So fehle es nicht an ausführlichen Analysen und Berichten zum Stand der Armut, wohl fehlten bislang konkrete und wirksame Politikansätze zur Armutsbekämpfung. Zudem mußten einzelne Programme wie das *Social Action Programme* (SAP) trotz umfangreicher externer Geldzuschüsse als erfolglos eingestellt werden, heißt es in der Studie.

IWF-Kreditrate erwartet

Die jüngste Delegation des Internationalen Währungsfonds (IWF) sieht nach ihren Gesprächen in Pakistan und den Analysen der vorliegenden Wirtschaftsdaten keine Hinderungsgründe zur Bewilligung der vierten Tranche über 114 Millionen US-Dollar aus dem *Poverty Reduction and Growth*

Facility-Programm (PRGF). Eine entsprechende Beschlußvorlage werde dem nächsten Direktorentreffen des IWF vorgelegt, hieß es im Anschluß.

Nach Erkenntnissen der IWF-Delegation zeigen alle Parameter deutliche Zeichen der wirtschaftlichen Erholung. Wohl wurde kritisiert, daß weiterhin zu wenig für soziale Maßnahmen und insbesondere für die direkte Armutsbekämpfung ausgegeben werde. Diese Ergebnisse wurden erstmals in einer gemeinsamen Pressekonferenz der Delegation und des pakistanischen Finanzministers bekannt gegeben. In einer öffentlichen Erklärung zur Kontinuität der Wirtschaftspolitik im Rahmen des Besuchs der IWF-Delegation gab Präsident Musharraf bekannt, daß keine nachfolgende Regierung die von ihm eingeleiteten Wirtschaftsreformen rückgängig machen dürfe.

Indische Luftangriffe

Pakistanische Militärs und Regierungsstellen besitzen nach Presseberichten Belege für einen indischen Luftangriff auf Stellungen bei Gultari am Randes des Deosai-Plateaus in Baltistan, einem Teil der von Pakistan verwalteten *Northern Areas*. Demnach fanden diese Angriffe indischer Infanterie und Kampfflugzeuge am 22. August statt und wurden von der pakistanischen Armee zurückgeschlagen. Die weiterhin von indischen Stellen als Lüge dementierte Offensive wäre seit der Kargil-Krise vom Frühsommer 1999 der erste indische Luftangriff auf Territorium unter pakistanischer Kontrolle und Verwaltung. Im Verlauf seiner Friedensmission durch Südasien wurde der stellvertretende US-Außenminister Richard Armitage von Pakistan gebeten, diesen Fall bei seinen Gesprächen in Indien aufzuklären. Zuvor wurden Berichte über indische Luftangriffe auf Dörfer im Neelum-Tal in *Azad Jammu and Kashmir* in der ersten Augustwoche bekannt.

Musharraf schließt Infiltration kashmirischer Kämpfer nicht aus

In einem Exklusivinterview mit der Nachrichtenagentur AFP gab der pakistanische Präsident Musharraf zu, daß Grenzübertritte kashmirischer Kämpfer in das indische *Jammu and Kashmir* nicht auszuschlie-

ßen seien. „Die Möglichkeit, daß kleine Gruppen die Grenze überqueren, ist gegeben“, wird Musharraf zitiert: „Wenn 700.000 indische Soldaten die Grenze nicht blockieren können, wie kann die indische Seite dies von uns erwarten?“ Nach seiner Einschätzung komme es jedoch seit seinem Einsatz für den Stop der Infiltration weder zu Grenzübertritten größerer Verbände noch zu solchen mit Regierungsunterstützung. Aus indischer Sicht werden mit diesem Statement des pakistanischen Präsidenten die schlimmsten Erwartungen erfüllt, daß weiterhin Kampfgruppen mit Wissen und Billigung Pakistans nach *Jammu and Kashmir* gelangen. Entsprechend sehen indische Regierungssprecher kurzfristig keine Hoffnung zur Aufnahme weiterer Konsultationen zwischen den Nachbarstaaten.

Stapellauf: Erstes U-Boot aus eigener Produktion

Das erste, mit französischer Unterstützung in Pakistan gebaute U-Boot der Agosta-90B-Klasse wurde Ende August zu Wasser gelassen, ein weiteres soll in zwei Jahren fertig gestellt werden. Der Vertrag über den Bau dieser U-Boote, der die U-Boot-Flotte auf insgesamt neun Einheiten erweitern wird, wurde 1995 unterzeichnet. Ein erstes U-Boot wurde gleich zu Beginn der Vertragslaufzeit aus französischer Produktion übernommen. Der pakistanische Produktionsanteil an den beiden jüngsten Booten wird mit rund 70 Prozent beziffert. Anlässlich dieses Stapellaufs wurde zudem bekannt, daß mit chinesischer Unterstützung auch der Bau von Fregatten für die pakistanische Marine vorgesehen ist.

Indisch-pakistanische Friedensinitiative in den USA gegründet

Prominente Intellektuelle, Schriftsteller und Friedensaktivisten haben in San Francisco die *Silicon Valley India-Pakistan Peace Coalition* gegründet. Den Initiatoren ist nach Presseberichten die alleinige Sorge um einen Krieg in Südasien zu wenig, und sie suchen nach aktiven Möglichkeiten, über eine sogenannte *Track II*-Diplomatie zum Austausch zwischen den beiden Gesellschaften und Ländern beizutragen.

Hierzu wird auch den USA eine besondere Rolle und Verantwortung zur Lösung etwa des Kashmirkonflikts zugesprochen. Zuvor wurden in verschiedenen Städten und insbesondere im Silicon Valley, einer Region mit einer der größten südasiatischen sowie muslimischen Bevölkerungsgruppen in den USA, Seminare zu Hintergrundinformationen und Lösungsmöglichkeiten des indo-pakistanischen Konfliktes durchgeführt.

Buddhistischer Friedensmarsch

Am sechsten August, dem Jahrestag des Atombombenabwurfs über Hiroshima, startete in Islamabad ein Friedensmarsch buddhistischer Mönche, der die Teilnehmer innerhalb von drei Monaten durch Teile Nordpakistans und dann weiter nach Indien führen wird. Der *Pakistan-India Prayer March for Peace 2002* wurde von einem japanischen Orden initiiert, der schon in der Anti-Atomwaffenbewegung der 1970er und 1980er Jahre aktiv war. Dieser Friedensmarsch soll die wichtigsten buddhistischen Stätten der Ashoka-Periode vom pakistanischen Taxila bis zum indischen Sanchi verbinden und dabei auf die Kriegsgefahr in dieser Region hinweisen. Beim Auftakt in Pakistan wurden auch muslimische Stätten wie ein Schrein am Rande der Hauptstadt sowie die moderne Shah Faizal-Moschee besucht, um den interreligiösen Austausch zu stärken. Zudem führt eine zehntägige Etappe durch *Azad Jammu and Kashmir* und von dort weiter nach Lahore und zum indisch-pakistanischen Grenzübergang bei Wagah.

Blasphemie-Angeklagter freigesprochen

Ayub Masih, ein Christ, der in einem Blasphemieprozeß 1996 zum Tode verurteilt worden war, wurde im August vom *Supreme Court* freigesprochen und aus der Haft entlassen. Nun fordert *amnesty international* Schritte, um Masih's Leben zu schützen. Denn in der Vergangenheit wurden wiederholt Angeklagte in Blasphemiefällen nach ihrer Freilassung ermordet.

Todesurteil im Pearl-Fall

Der Anti-Terrorismus-Gerichtshof verurteilte Ahmed Omar Saeed Sheikh zum Tod und drei Mitangeklagte zu lebenslangen Haft- und zusätzlichen Geldstrafen. Sie wurden für schuldig befunden, den amerikanischen Journalisten Daniel Pearl entführt und ermordet zu haben. Die Verurteilten müssen an die Witwe und deren Sohn ein Blutgeld in Höhe von zwei Millionen Rupien zahlen.

Anschlag auf Missionsschule in Murree

Am 5. August drangen drei Terroristen auf das Gelände einer Missionsschule am Ortsrand von Murree, einem beliebten Ausflugsort in den Bergen oberhalb von Islamabad, ein, überwältigten die Wachen und schossen wild um sich. Bei diesem Anschlag kamen sechs Personen, vor allem Angestellte, ums Leben, drei weitere wurden verletzt. Die drei Terroristen konnten nach der Schießerei unerkannt entkommen.

Von den rund 150 Schülern, darunter 30 Amerikaner, und den Lehrern wurde niemand verletzt. Dennoch werteten Beobachter diesen Anschlag als gezielte Attacke gegen Christen und Ausländer und letztlich auch gegen den proamerikanischen Kurs von Präsident Musharraf. In den 46 Jahren des Bestehens dieser Missionsschule habe es nie zuvor Probleme mit Muslimen vor Ort gegeben, so der Schulrektor.

Am Tag nach dem Attentat sprengten sich drei junge Männer unweit von Murree in einem Dorf in *Azad Jammu and Kashmir* mit Handgranaten in die Luft. Berichte, daß es sich hierbei um die drei Terroristen des Murree-Anschlags handelte, wurden von Polizeistellen in Islamabad dementiert. Die Missionsschule wird nun für mindestens ein Jahr geschlossen. Über die mögliche Wiedereröffnung soll im Mai 2003 entschieden werden. Bis dahin soll der Schulbetrieb in ein sicheres Land verlegt werden, damit die Schüler ihre Ausbildung und Abschlüsse ungestört absolvieren können. Zudem hätten zahlreiche Familien mittlerweile Pakistan aus Sicherheitsbedenken verlassen.

Anschlag auf christliches Hospital in Taxila

Am 9. August griffen drei Terroristen mit Handgranaten die Kapelle eines protestantischen Hospitals in Taxila, rund 25 Kilometer westlich von Islamabad, an, töteten drei Krankenschwestern und verletzten weitere 25 Personen, als diese nach dem Gottesdienst das Gebäude verließen. Einer der Terroristen kam bei dem Anschlag ums Leben, die beiden übrigen entkamen.

Für diesen vierten Anschlag auf christliche Einrichtungen seit dem „11. September“ und dem zweiten innerhalb einer Woche werden Mitglieder der verbotenen Gruppen *Jaish-i-Mobammad* und *Harkat-ul-Mubajideen* verantwortlich gemacht. Eine spätere Meldung des Innenministeriums legt den Anschlag der Gruppe *Lashkar-i-Jhangvi* zur Last. Diese Gruppe gilt auch als Drahtzieher für das Attentat auf das US-Konsulat in Karachi sowie für den Mord an Daniel Pearl. Der zu Tode gekommene Terrorist konnte identifiziert werden. Von ihm ist bekannt, daß er mit einer Mujahedeen-Gruppe in Kashmir kämpfte.

Muslimisch-christlicher Solidaritätsmarsch

Am 13. August marschierten rund 500 Menschen, mehrheitlich Christen, mit weißen Blumen durch Teile Islamabads, appellierten an die religiöse Toleranz, die keine Gewalt gegen Andersgläubige zulasse und riefen propakistanische Slogans.

Spanischer Wissenschaftler in Chitral ermordet

In einem der Kailash-Dörfer im pakistanischen Hindukush wurde Anfang August ein spanischer Wissenschaftler ermordet aufgefunden. Erste Untersuchungen der Polizei lassen dessen afghanischen Diener als Hauptverdächtigen erscheinen. Der Diener floh nach dem Mord über die Berggrenze ins afghanische Nuristan, während Gegenstände aus dem Eigentum des Spaniers im Haus eines Verwandten des Dieners gefunden wurden. Nach Polizeiangaben wurde dem Spanier einen Monat zuvor der Aufenthalt in Chitral untersagt, jedoch blieb seine Rückkehr den Behörden verborgen. Die regionale Tou-

rismuswirtschaft beklagt die Einnahmeausfälle nach diesem Mordfall, nachdem das allgemeine Klima für den Tourismus seit dem „11. September“ schon zuvor auf einem Tiefpunkt angelangt war. Gegenüber rund 5.500 Besuchern im Jahr 2001 sanken die Zahlen für 2002 auf unter einhundert.

Schließung ausländischer Einrichtungen

Am 5. August wurde das US-amerikanische Konsulat in Karachi noch vor Bekanntwerden der Nachrichten über den Murree-Anschlag aus Sicherheitsgründen geschlossen, während die diplomatischen Einrichtungen in Islamabad, Peshawar und Lahore weiter geöffnet blieben. Ebenfalls in Karachi wurde die Visaabteilung des italienischen Konsulates für unbestimmte Zeit aus Sicherheitsgründen für die Öffentlichkeit geschlossen. Der übrige Visaverkehr wird brieflich und telefonisch abgewickelt. Rund eine Woche später wurden Überlegungen bekannt, auch die amerikanische Schule in Islamabad zu schließen; das Lehrpersonal hatte sich geweigert, den Unterricht wieder aufzunehmen. Demgegenüber bot die Polizei an, eine speziell ausgebildete und ausgerüstete Einheit, sogenannte *Black Tigers* in der Schule als Sicherheitswache einzusetzen.

Mangelernährung von Kindern

Nach jüngeren Berichten von Kinderärzten sind 40 Prozent der pakistanischen Kinder unter fünf Jahren mangelernährt und 25 Prozent der Neugeborenen untergewichtig und somit hohen Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Als Gründe werden unter anderem Gesundheits- und Ernährungsdefizite der Mütter sowie unangepasste Formen der Kinderernährung genannt. Diese lassen sich nach Interviews mit Müttern, welche mit ihren Kindern Regierungskrankenhäuser aufsuchten, letztlich auf die Grundprobleme Armut, fehlende Schulbildung sowie zu kurze Geburtenabstände und nicht praktizierte Empfängnisverhütung zurückführen. Unter den Krankheiten der Kinder sind Durchfall und Atemwegsinfekte die häufigsten. Zudem verhalten sich mehr als die Hälfte der Kinder beim Spielen lethargisch. Weniger als ein Drittel der Kinder weist einen ausreichenden Impfschutz auf.

Pferdefuhrwerke aus Rawalpindi verbannt

Anfang August hat die Stadtverwaltung in Rawalpindi den Einsatz von Pferdefuhrwerken, sogenannten *Tongas*, innerhalb der Stadtgrenzen untersagt. Bei Verstößen drohen hohe Strafen. Als Alternative wird den Kutschern und Gespanneignern empfohlen, auf *Motorrickshaws* umzusteigen.

Unter den rund 1.500 *Tonga*-Besitzern hat die jüngste Bekanntmachung zu Panik geführt, da sie sich ihres einzigen Lebensunterhaltes beraubt sehen. Denn die meisten Betroffenen können weder die *Motorrickshaws* bezahlen noch Käufer für ihre nun wertlos gewordenen *Tongas* finden.



Tongas vor dem Aus (Foto: Jorge Scholz)

Aus dem Altkleidersack auf den Lunda-Bazar

Das Wertvolumen von Importen gebrauchter Bekleidung aus Europa und Nordamerika stieg 2000/2001 von rund 1,4 Milliarden Rupien auf jüngst fast zwei Milliarden Rupien (2001/2002). Die auf den sogenannten *Lunda*-Bazaren vor allem von ärmeren Kunden, mittlerweile aber auch zunehmend von Angehörigen der Mittelklasse, nachgefragte Bekleidung unterhöhlt somit die nationale Textilproduktion. Nach Presseberichten werden aus diesen Importen gezielt westliche Markenprodukte nachgefragt, die zum einen qualitativ den lokal angebotenen Textilien überlegen sind und zudem auch gebraucht noch die vermeintliche Zugehörigkeit zum weltweiten Modetrend bieten. Die zunehmende Nachfrage wird auch auf die schlechte

Wirtschaftslage sowie gestiegene Preise für die heimische Textilherstellung zurückgeführt. Zudem ist ein Trend zu beobachten, daß die *Lunda*-Bazare nicht mehr nur an der Peripherie der Städte anzutreffen sind, sondern zunehmend auch in die Nähe oder gar im Zentrum der besten Einkaufsviertel.



Lunda-Bazar in Gilgit: Westliche Kleidung zum Dumping-Preis (Foto: Jürgen Clemens)